



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gothe, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“ I – Politische Bildungsarbeit für und mit jungen Menschen ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die politische Bildungsarbeit für und mit jungen Menschen auszubauen und weiterzuentwickeln. Dazu gehört neben der Stärkung der politischen Bildung in den Lehrplänen bayerischer Schulen insbesondere auch ein neues Förderprogramm zur Ausweitung von Jugendbildungsmaßnahmen und zur Stärkung der Jugendverbandsarbeit im Bereich der politischen Bildung.

Ein besonderer inhaltlicher Schwerpunkt wird dabei auf die Entwicklung von Projekten und Programmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und sonstige Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie zur Verhinderung der islamistischen Radikalisierung Jugendlicher gelegt. Die entsprechenden Angebote der Jugendbildungsstätten, Jugendgästehäuser, Jugendringe, Jugendverbände, des Projekts Schule ohne Rassismus und der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus werden weiter ausgebaut.

Begründung:

Die Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ fordert in ihrem Abschlussbericht eine Stärkung der politischen Bildungsarbeit für und mit jungen Menschen in Bayern. Die Kommission hat dabei in großen Teilen der jungen Generation eine kritisch-negative Einstellung gegenüber dem politischen Alltag sowie den gesellschaftlichen und politischen Institutionen in der Bundesrepublik festgestellt. Deshalb fordert sie den Ausbau einer wertorientierten Jugendarbeit und die Stärkung insbesondere der Jugendverbandsarbeit. Dieser Ausbau muss begleitet werden von einer deutlichen Aufwertung der politischen Bildung bzw. Demokratieförderung an den bayerischen Schulen. Bislang wird dieser Bereich in den bayerischen Lehrplänen eklatant vernachlässigt.

Als besonderer Schwerpunkt im Bereich der politischen Bildungsarbeit werden Projekte gegen Rechtsextremismus und Rassismus hervorgehoben. Hier gilt es die vorhandenen Strukturen und Angebote der Jugendgästehäuser, Jugendbildungsstätten, Jugendringe und Jugendverbände zu stärken und Projekte wie „Schule ohne Rassismus“ oder die „Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus“ weiter auszubauen. Angesichts der aktuellen politischen Gefahr der islamistischen Radikalisierung Jugendlicher sind auch in diesem Bereich neue Fachprogramme zur Prävention und Intervention zu entwickeln und zu etablieren. Konkrete Vorschläge für die Entwicklung entsprechender Programme hat die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Vergangenheit wiederholt vorgelegt.